

**Titel** Antrag zur Schaffung einer sozialen Kreislaufwirtschaft

**AntragstellerInnen** UB Düsseldorf

**Zur Weiterleitung an**

Angenommen

Mit Änderungen angenommen

Abgelehnt

---

## Antrag zur Schaffung einer sozialen Kreislaufwirtschaft

1 Die Mitglieder der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung  
2 und die SPD-Mitglieder im Deutschen Bundestag werden aufgefordert Maßnahmen gegen die Umwelt-  
3 schädigung unter anderem durch die Modeindustrie zu unternehmen.

4 Dazu fordern wir folgende Maßnahmen:

### 5 Die soziale Kreislaufwirtschaft

6 Die soziale Kreislaufwirtschaft wird für Unternehmen gesetzlich vorgeschrieben und muss durch folgen-  
7 den Kreislauf bestimmt sein:

- 8 • Es werden ausschließlich wiederverwertbare Ressourcen gefördert
- 9 • Herstellung/Wiederaufarbeitung der Rohstoffe
- 10 • Vertrieb der Produkte und Leistungen
- 11 • (Wieder-)Verwendung, Reparatur
- 12 • Sammlung wiederverwendbarer Rohstoffe zum Recyclen
- 13 • Recycling der Rohstoffe
- 14 • Wiederverwertung der Rohstoffe (der Kreislauf beginnt von neuem)

15 Des Weiteren besitzen die Mitarbeitenden ein hohes Maß an Mitbestimmung bei Einführung und Fort-  
16 führung der sozialen Kreislaufwirtschaft. Mitarbeitende sind bei ihrer Entwicklung hin zur Nachhaltigkeit  
17 aktiv zu fördern und einzubeziehen.

18 Um eine soziale Kreislaufwirtschaft konsequent umsetzen zu können, müssen Voraussetzungen geschaf-  
19 fen werden, von denen einige im Folgenden aufgelistet werden.

### 20 Abschaffung umweltschädlicher Subventionen

- 21 • Kommunikation der Vorteile des Abbaus umweltschädlicher Subventionen mit Darstellung der ge-  
22 schaffenen Vorteile und wo die finanziellen Mittel stattdessen eingesetzt werden. Damit werden  
23 die oft irrationalen Argumentationen maßgeblich entkräftigt, in denen bei diesem Subventionsab-  
24 bau unberechtigterweise eine wirtschaftliche Rezession befürchtet wird.
- 25 • Abschaffung der Dienstwagensubvention und der Steuervergünstigung auf Dieselmotoren

- 26 • Abschaffung des Ausgleichs des Spitzensteuersatzes für energieintensive Unternehmen nach Er-  
27 hebung der Ökosteuern und somit einer verstärkten Finanzierung der Rentenkasse
- 28 • Biokraftstoffe dürfen nur eingesetzt werden, wenn sie aus Abfällen gewonnen werden, sodass  
29 Ackerbau und Landwirtschaft mit Flächenverbrauch nicht zur Nutzung von Biokraftstoffen verwen-  
30 det wird. Gegenteiliges Verhalten ist zu sanktionieren.
- 31 • Beendigung der direkten und indirekten Subventionierung des Braun- und Steinkohleabbaus, so-  
32 wie die Einführung der Förderabgabe für Bodenschätze beim Kohleabbau, sowie die Einführung  
33 des Wasserentnahmeregels.
- 34 • Beendigung der Exportkreditgarantien für Kohlekraftwerke
- 35 • Abschaffung der Energiesteuerbefreiung auf eingesetzte fossile Rohstoffe wie Mineralöle, Raffine-  
36 rieprodukte und Gase (auch bei nicht- energetischem Einsatz, d.h. nicht als Kraftstoffe oder Heiz-  
37 mittel)
- 38 • Abschaffung der Mehrwertsteuerbegünstigung auf Fleischprodukte, jedoch zum Ausgleich Mehr-  
39 wertsteuerbegünstigungen für pflanzliche Ernährung (7 versus 19% MwSt)
- 40 • Einführung einer effektiven CO<sub>2</sub>-Steuer mit einem Beginn von mindestens 50 Euro/t CO<sub>2</sub> (ent-  
41 sprechend der Forderungen der MCC-PIK-Expertise) und mit einer jährlichen Steigerung der  
42 Treibhausgas-Steuer. Die Einnahmen müssen zu 2/3 der Steuereinnahmen analog des Schweizer-  
43 Modells den einkommensschwächeren Haushalten zugeführt werden (gerichtet am CO<sub>2</sub>-Ausstoß  
44 pro Kopf). Dies entspricht dem Wesen der Klimaprämie, die die SPD lange Zeit gefordert hatte.  
45 Maßnahmen wie etwa die Erhöhung der Pendlerpauschale helfen eher den Hochverdienern statt  
46 den Geringverdienern und dürfen hier keine Anwendung finden. Das andere Drittel der Einnahmen  
47 muss den Kommunen zum Ausbau des ÖPNV ausgezahlt werden und dem Ausbau der erneuer-  
48 baren Energien zur Verfügung gestellt werden.
- 49 • In den ehemaligen Kohleabbauregionen müssen entsprechende Umbildungsmaßnahmen ange-  
50 boten werden und die Region durch Projekte mit neuen regionalen Arbeitsplätzen gefördert wer-  
51 den.

## 52 **Sozial-ökologische Unternehmen bzw. Organisationen**

- 53 • Unternehmen bzw. Organisationen (d.h. Privatwirtschaft als auch der öffentliche Bereich) werden  
54 gesetzlich zur Initiierung von Projekten zur schnellen Umsetzung einer sozial verträglichen Kreis-  
55 laufwirtschaft verpflichtet, bei Bedarf auch gleichermaßen gefördert. Die Förderung soll vor allem  
56 Klein- und Mittelunternehmen sowie Selbstständige unterstützen.
- 57 • Unternehmen bzw. Organisationen werden verpflichtet, ihr eigenes Management und auch ihre  
58 Mitarbeitende in Bezug auf Nachhaltigkeit zu schulen und dafür entsprechend zu investieren. Die  
59 Finanzierung darf nicht zu Lasten der Mitarbeitenden oder der Verbraucher\*innen erfolgen. Des  
60 Weiteren muss der Arbeitserfolg des Managements und der Mitarbeitenden auch am ökologischen  
61 Erfolg gemessen werden.
- 62 • Ein hohes Maß an Mitbestimmung für Mitarbeitende innerhalb der sozialen Kreislaufwirtschaft.  
63 Unternehmen bzw. Organisationen müssen die soziale Kreislaufwirtschaft unter Einbeziehung al-  
64 ler Mitarbeitenden entwickeln, damit diese sie auch entsprechend mittragen und die Umsetzung  
65 die Bedürfnisse der Mitarbeitenden berücksichtigt.

- 66 • Die Unternehmen bzw. Organisationen müssen autonome, geschlechterparitätisch zusammenge-
- 67 setzte Kontroll-Gremien einsetzen, in denen gleichgestellte Vertreter\*innen aller Hierarchieebe-
- 68 nen vertreten sind. Diese Gremien überwachen Projekte, die eine soziale Kreislaufwirtschaft initi-
- 69 ieren und erhalten sollen. So ist es im klassischen Projektmanagement laut führender Wirtschafts-
- 70 wissenschaftler üblich und erforderlich, wird aber zu selten umgesetzt.
- 71 • Einführung einer sozial-ökologischen Buchhaltung, die den Unternehmenserfolg neben dem öko-
- 72 nomischen Erfolg auch maßgeblich am sozialen Erfolg (z.B. positive Folgen eines guten betriebli-
- 73 chen Gesundheitsmanagement, die sich ökonomisch als auch anhand selbst festgelegter Score-
- 74 points messen lassen) und des ökologischen Erfolgs misst (wie z.B. erreichte CO2-Einsparungen).

## 75 **Recyclingkreislauf**

- 76 • Verbot des Einsatzes von neu hergestelltem Plastik oder Kunststoffen außer bei Medizinprodukten
- 77 • Verpflichtung des Einsatzes von recyceltem Verpackungsmaterial
- 78 • Verbot der Verwendung von Mikroplastik und Palmöl in Kosmetika, Hygieneprodukten und Le-
- 79 bensmitteln
- 80 • Verbot des Exports von defekten und funktionsfähigen Altelektrogeräten außerhalb der EU, wenn
- 81 nach einem zukünftigen Defekt des Elektrogeräts eine fachgerechte Entsorgung und Materialrück-
- 82 gewinnung nicht mit Sicherheit möglich ist
- 83 • Erfassung eines Saldos an neu eingesetzten Rohstoffen und wiederverwendeten Bestandteilen in
- 84 der produktionstherstellenden Industrie, die innerhalb der EU-produziert werden als auch von Import-
- 85 produkten
- 86 • Steuervergünstigung bei Spenden von Lebensmitteln durch Supermärkte an Tafeln und falls für
- 87 den menschlichen Verzehr nicht geeignet an Tierheime. Die Steuervergünstigung soll den organi-
- 88 satorischen Aufwand und ggf. die Transportkosten decken. Eben diese Kosten treiben Supermärk-
- 89 te oft dazu, Lebensmitteln aus Kostengründen vorzugsweise zu entsorgen, statt zu spenden. Die
- 90 Entsorgung von verzehrbaren Lebensmitteln wird verboten.
- 91 • Das Mindesthaltbarkeitsdatum muss abgeschafft und durch das Verfallsdatum ersetzt werden, wie
- 92 es auch bereits bei rohem Hackfleisch und rohem Fisch verwendet wird.
- 93 • Verbot der Aussortierung von Lebensmitteln in Supermärkten anhand rein optischer Kriterien und
- 94 Kennzeichnung von regionalen Produkten, sowie einer Nahrungsmittelampel
- 95 • Die Subventionierung von Unternehmen müssen entsprechend des verwendeten Anteils von recy-
- 96 celten Materialien in ihren Produkten (Substitutionsquote UBA). Sie dient zum Aufbau einer Kreis-
- 97 laufwirtschaft.
- 98 • Recycling von Baumaterialien aus alten Gebäuden zur Wiederverwendung in Neubauten
- 99 • Ausbau der synthetischen Kraftstoffe für den Verkehr und zur Wärmegewinnung nach dem power-
- 100 to-X-Konzept als Energiespeichermöglichkeit und alternative zur Lithium-Batterie
- 101 • Die EZB und die EEB müssen ausreichend in ökologisch sinnvolle Maßnahmen investieren (green
- 102 bonds).

## 103 **Modeindustrie**

- 104 • Verpflichtung zur Nutzung von recycelten Kleidungsfasern und Stoffen aus alten Kleidungsstücken
- 105 oder Recyclingmaterialien
- 106 • Aufbau eines Recycling-Systems für Kleidung

- 107 • Verpflichtung der Modeindustrie beim Kleidungsdesign und Kleiderproduktion keine Materialmische  
108 zu verwenden, die ein Recycling der Kleidung erschweren oder unmöglich machen
- 109 • Anbau von Baumwolle nur aus sozial verantwortlichem und ökologischem Anbau, falls kein Recy-  
110 cling möglich ist

111 *Begründung*

112 Die Energiegewinnung aus Kohle und fossilen Brennstoffen ist nur möglich, indem sie direkt und indirekt  
113 subventioniert werden. Gelder, die für diese Subventionen verwendet werden, können stattdessen zur  
114 Förderung der strukturschwächeren ehemaligen Kohleabbauregionen zur Verfügung gestellt werden.

115 Eine effiziente Maßnahme Treibhausgase einzusparen ist besteht in der Wiederverwertung von bereits  
116 verwendeten Materialien. Wird bereits bei der Produktion die Wiederverwertbarkeit eines Produktes be-  
117 rücksichtigt, so können Materialien und Rohstoffe zurückgewonnen werden zur Herstellung von neuen  
118 Produkten. Dies spart zudem Energie und Ressourcen.

119 Ein großer Sektor, der für die Treibgasemissionen verantwortlich ist, ist die Kleidungsindustrie und die  
120 Modebranche. Durch eine Verpflichtung zum Einsatz von Recyclingmaterialien in der Kleidungsprodukti-  
121 on kann ein Teil der Emissionen reduziert werden. Insbesondere würde dies für den fast fashion-Sektor  
122 zutreffen, in dem Kleidungsstücke eine kurze Nutzungsdauer haben und entsorgt werden.

123 Zudem ist auf die wichtigsten Vorteile der sozialen Kreislaufwirtschaft hinzuweisen:

- 124 • Sie löst das Problem der steigenden Nachfrage nach Rohstoffen und der zunehmenden Ressour-  
125 cenknappheit (etwa aufgrund des Bevölkerungswachstums).
- 126 • Erhebliche Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, da deutlich weniger Rohstoffe gewonnen werden müs-  
127 sen. Somit sinkt die Umweltbelastung.
- 128 • Die Kreislaufwirtschaft schafft Arbeitsplätze, da neue Stellen geschaffen werden müssen, die die  
129 Funktionalität einer Kreislaufwirtschaft gewährleisten.
- 130 • Mitarbeitende erhalten mehr Entscheidungsrechte, was einen wichtigen Schritt zur Demokratisie-  
131 rung von Unternehmen bzw. Organisationen darstellt.